

29.06.2021

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dranbleiben und nicht nachlassen: für Akzeptanz, Sichtbarkeit und volle Gleichstellung!

zu dem Antrag „**Bei uns in Nordrhein-Westfalen: 25 Jahre Engagement für Gleichstellung, Sichtbarkeit und Wertschätzung.**“

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14282

I. Ausgangslage

Das Engagement für Vielfalt, Akzeptanz und Sichtbarkeit der queeren Community hat in Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition. LSBTIQ* in unserem Land können sich dabei auf einen breiten und parteiübergreifenden Rückhalt verlassen. Es ist gut, dass die unterschiedlich zusammengesetzten Landesregierungen hier für Verlässlichkeit und Kontinuität gesorgt haben. Kontinuität allein reicht aber nicht. Vielmehr gilt es weiter und konsequent an der vollständigen Akzeptanz und Gleichstellung queerer Menschen zu arbeiten.

Denn trotz vieler Errungenschaften für Menschen in der LSBTIQ*-Community gibt es auch in NRW noch Herausforderungen und Handlungsbedarfe. Besonders junge Menschen haben es oft in oder noch vor der Phase des Coming Out schwer. In einer Befragung des Jugendzentrums „Anyway“ aus Köln gaben 40% der LSBTIQ*-Jugendlichen an, in der Corona-Krise Suizidgedanken gehabt zu haben. Diese hohe Zahl muss auf der einen Seite pädagogisch alarmieren. Auf der anderen Seite zeigt sie aber auch deutlich, dass gesellschaftspolitisch noch lange keine volle Akzeptanz und Solidarität vorhanden ist. Die Jugendlichen haben oftmals Angst vor Ablehnung durch Freunde und Familie. Sie outen sich in kleinen Schritten. Während der Pandemie war ihnen der Kontakt zu Menschen, die in einer ähnlichen Situation sind oftmals unmöglich. Das DJI schiebt dazu in seiner Studie „Coming out in NRW“: „In der vorliegenden Studie zur Situation von LSBTIQ*-Jugendlichen in NRW zeigt sich zudem, dass junge Menschen aus ländlichen Regionen, LSBTIQ*-Jugendliche mit niedriger formaler Bildung, bisexuelle junge Männer und junge Menschen, die nach Deutschland migriert sind, stärker belastet erscheinen.“¹

Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld hat in ihrem Appell zu queerpolitischen Handlungsbedarfen in der Corona-Pandemie zudem darauf hingewiesen, dass während der Pandemiezeit eine Zunahme häuslicher Gewalt in den Familien droht, in denen die Situation angespannt ist, da LSBTIQ*-Personen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität nicht akzeptiert werden. Auch der Wegfall von freundschaftlichen Kontakten und Beratungsangeboten kann

¹ Krell (2020): Coming-out in NRW Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen, S.69.

zu psychischen Problemen führen. Viele offene Angebote und Gruppentreffen für LSBTIQ*-Personen sind seit März 2020 ausgefallen. Die face-to-face-Angebote in den Beratungsstellen und Jugendzentren sind in großem Umfang auf digitale Formate wie Online-Beratungen und Webinare, sowie Telefonberatungen für LSBTIQ*-Personen umgestellt worden. Mit großem Engagement konnten Beratungsstellen und Jugendzentren zumindest Kontakt und Beratung, wenn auch in sehr reduzierter Form, ermöglichen und, im Rahmen des technisch möglichen und infektionsschutzrechtlich erlaubten, aufrecht erhalten.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie verletzlich und gleichzeitig unentbehrlich queere Strukturen sind. Sie sind mehr als nur Treffpunkte für LSBTIQ*-Personen. Sie sind gleichzeitig auch wichtige Schutz- und Rückzugsräume. Während der letzten Monate waren sie aber auf Grund der pandemischen Lage nur sehr eingeschränkt zugänglich. Die gesamte queere Infrastruktur ist betroffen: Kneipen und Bars mussten schließen, sowie auch Jugendtreffpunkte, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen. Solche Orte des Empowerments und des persönlichen Kontakts sind jedoch besonders wichtig, auch um toxischen Orten für einen kurzen Moment entkommen zu können. Jahrzehntealte Strukturen und Projekte sind in ihrem Fortbestand gefährdet. Als ein Beispiel sind unter anderem Gay-Saunen zu nennen, die durch das MAGS NRW mit Prostitutionsbetrieben gleichgesetzt wurden. Das ist mehr als nur eine unzulässige Verkürzung und zeigt deutlich, dass der Querschnittansatz der Landesregierung nur bedingt funktioniert. Während die Aktivitäten für LSBTIQ* in den Kabinetten zwischen 2010 und 2017 im Wesentlichen in einem Haus gebündelt waren, sind die Zuständigkeiten in der aktuellen Landesregierung zerfasert. Dabei werden die Themen nicht in jedem Ministerium mit dem gleichen Elan vorangetrieben. So bleibt z.B. das MHKGB NRW nach wie vor das im Koalitionsvertrag vereinbarte, umfassende Diversity-Management in der Landesverwaltung schuldig.

Die Unterstützung der vorhandenen Infrastruktur ist besonders wichtig, denn sie bietet queeren Menschen Raum zur freien Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und hat auch eine wichtige Funktion in Bezug auf Gemeinschaftsbildung und den Austausch von Erfahrungen und Erlebnissen. Auch Holger Wicht, Pressesprecher der Deutschen Aidshilfe bestätigt die aktuelle Gefahr und die Bedeutung dieser „safe spaces“: „Wir laufen jetzt Gefahr, dass große Teile der queeren Kultur ausgelöscht werden. Diese Community ist über Jahrzehnte aufgebaut worden und sichert uns das Leben, das wir führen wollen. Es wäre eine Katastrophe, wenn sie verschwände.“²

Das Fehlen der Angebote und Infrastrukturen im ländlichen Raum ist nicht nur ein Problem, welches junge Menschen betrifft, sondern ein generelles. Treffpunkte und Möglichkeiten zur Beratung sind besonders im ländlichen Raum Mangelware und schwer zu erreichen. Aus diesen Gründen fühlen sich besonders queere Menschen, die in ländlichen Gegenden leben, oftmals alleingelassen und unverstanden. Sie haben somit wenig Möglichkeiten, sich mit anderen Menschen in der gleichen Situation auszutauschen und Verständnis für ihre Situation zu finden.

Im Dezember 2020 war der Fortbestand der Fachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senioren/-innenarbeit gefährdet. Seit 2011 arbeitet dieses landesweite Projekt und unterstützt die diversitätsbezogene Senioren/-innenarbeit. Die Probleme in der Weiterführung im vergangenen Jahr haben deutlich gemacht, dass neben den Jugendlichen auch die älteren LSBTIQ*-Menschen eine besondere Unterstützung und Beratung benötigen. Eine Verstärkung der Arbeit über den Projektcharakter ist unumgänglich.

² <https://taz.de/Corona-Queere-Community-verunsichert/!5678347/> (zuletzt abgerufen am 28.6.2021)

Ohnehin ist es noch nicht gelungen gute Ansätze und Projekte flächendeckend umzusetzen und in verlässliche Regelfinanzierungen zu überführen. Hierfür bedarf es einer höheren Verbindlichkeit sowie einer klaren Erwartungsformulierung an die Kommunen verbunden mit stärkerer finanzieller Unterstützung. Die Arbeit für LSBTIQ* darf nicht dem Zufall überlassen werden.

Eine demokratische Gesellschaft, die für Freiheit, Gleichberechtigung und Vielfalt steht, muss für alle Personen das Recht durchsetzen, an jedem Ort ohne Angst leben zu können. Immer noch erfahren LSBTIQ*-Personen in der Europäischen Union Ausgrenzung und Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. In einigen Ländern wird LSBTIQ* als Ideologie bezeichnet und nicht als Realität akzeptiert. Noch schlimmer – die Hasssaktionen auf LSBTIQ*-Personen nehmen zu. Das zeigt, dass gleiche Rechte in der globalen LSBTIQ*-Community bei weitem nicht selbstverständlich sind. Die zunehmende Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Personen und ihre Forderung, akzeptiert zu werden, werden als Angriff auf das konservative Familienbild und die nationale Identität dämonisiert. Die Zusammenarbeit mit Initiativen und Vereinen, Partnerregionen und Partnerstädten, die sich für Demokratie und den Schutz der Menschenrechte in Ländern einsetzen, in denen LSBTIQ*-Personen von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, sollte besonders jetzt unterstützt werden.

Solidarität mit LSBTIQ*-Personen zu zeigen ist ein Einsatz für die Menschenrechte und für die Opfer, die von systematischer Einschränkung von Rechtsstaatlichkeit und ihren Grundfreiheiten betroffen sind. Seit März 2019 deklarieren viele polnische Gemeinden, Landkreise oder Provinzen ihr Gebiet als „LGBTIQ-ideologiefreie Zone“³. Im März erklärten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel die EU zum „Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen“. Diese Entscheidung kann sich auch Nordrhein-Westfalen zum Vorbild nehmen und ein klares Zeichen setzen, um Solidarität zu zeigen. Vielfalt ist ein identitätsstiftendes Merkmal unseres Landes. NRW steht für eine offene Gesellschaft. Der Landtag sollte daher dem Beispiel des Europäischen Parlaments folgen und Nordrhein-Westfalen zu einem „Freiheitsraum für LSBTIQ*-Personen“ erklären. Dies wäre insbesondere zum Abschluss des Pride Month, der weltweit im Juni begangen wird, ein Zeichen für Akzeptanz.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einrichtungen und Angebote der LSBTIQ*-Infrastruktur zu erheben und zusätzliche finanzielle Ressourcen für den Ausgleich Corona-bedingter Schäden zur Verfügung zu stellen.
- Angebote der LSBTIQ*-Infrastruktur sowie Schutz- und soziale Räume in ihrer Vielfältigkeit als besonders erhaltenswürdig zu betrachten und langfristig sicherzustellen.
- insbesondere im ländlichen Raum Beratungsangebote und Treffpunkte zu stärken.
- die Angebote der Senioren/-innen-Arbeit zu verstetigen und langfristig sicherzustellen.
- die Präventionsarbeit in Bildungseinrichtungen zu stärken und auch die Elternarbeit zu intensivieren.

³ LGBTIQ ist die aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender.

- zeitnah ein umfassendes Diversity-Management für die Landesverwaltung zu entwickeln und noch in dieser Legislaturperiode zu starten.
- Internationale Solidarität mit Betroffenen von Gewalt und staatlicher Repression in anderen Ländern zu zeigen.
- die Zuständigkeit für LSBTIQ*-Themen in all ihren Facetten weitestgehend zu bündeln.
- Modellprojekte in die Regelfinanzierung zu überführend und in der Fläche auszurollen.
- die Anti-Gewalt-Arbeit für LSBTIQ* in NRW zu stärken.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Regina Kopp-Herr
Dennis Maelzer
Frank Müller

und Fraktion

Josefine Paul
Verena Schäffer
Mehrdad Mostofizadeh

und Fraktion